

Das macht Schwarz-Gelb

- ▶ Statt die überholte Zweiteilung des Krankenversicherungssystems zu beenden, versucht Schwarz-Gelb die PKV zu Lasten der GKV zu bevorteilen.
- ▶ In Zukunft können Gutverdienende wieder nach einem Jahr, statt wie bisher nach drei Jahren in die PKV wechseln.
- ▶ Von Preisvorteilen bei Arzneimitteln, die die gesetzlichen Kassen aushandeln, soll künftig auch die PKV profitieren.
- ▶ Gleichzeitig müssen die privaten Versicherer nach wie vor nicht alle versichern – sie können sich die mit guter Gesundheit und hohem Einkommen herauspicken.

Dafür steht die SPD

- Die SPD will mit der Bürgerversicherung ein einheitliches Versicherungssystem für alle schaffen.
- PKV-Versicherte werden von massiven Beitragssatzsteigerungen und über-
teuerten Behandlungen entlastet. Gerade im Alter geraten viele PKV-Versicherte an ihre finanziellen Grenzen oder werden überfordert. Dann können sie aber nicht mehr in die gesetzliche Krankenversicherung zurück.
- Für gesetzlich Versicherte wird die Zwei-Klassen-Behandlung abgebaut. Sie sind endlich gleichwertige Versicherte.

Risiko Privatversicherung

■ Der privaten Krankenversicherung (PKV) laufen die Kosten davon. Die PKV muss für vergleichbare Leistungen viel mehr zahlen als die gesetzlichen Kassen (GKV). Zudem steigt auch bei ihnen der Altersschnitt und somit die Kosten pro Versicherten.

■ Insbesondere für ältere Versicherte birgt die PKV erhebliche Risiken. So äußert das Berliner IGES-Institut in einer Analyse „begründete Zweifel“, dass die PKV ihren Ansprüchen gerecht werden kann, einen ‘besseren’ Schutz gegen Beitragssteigerungen zu bieten (s. Grafik).

Internet: www.iges.de

■ SPIEGEL ONLINE kommt bei einer PKV- Umfrage zum Schluss: „Würde die Beitragsdynamik in der privaten Krankenversicherung anhalten, wäre die Firstclass-Absicherung bald selbst für Gutverdiener kaum noch zu bezah-

len. Ein heute 30-Jähriger, der 4.500 Euro Brutto im Monat hat und 300 Euro Prämie für seine private Krankenversicherung zahlt, müsste bei einer jährlichen Anpassung um sechs Prozent mit 65 Jahren fast 2200 Euro Beitrag zahlen. Pro Monat wohlgerneht. Das ist deutlich mehr, als er an staatlicher Rente erwarten kann.“

